

Sehr geehrte Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen Stadtverordnete,

die Stadt Lüdinghausen wird in diesem Jahr voraussichtlich so viel Geld ausgeben, wie niemals zuvor in ihrer Geschichte. Das Volumen des Gesamtetats übersteigt erstmals die Schallmauer von 50 Millionen Euro.

Was geschieht mit diesem Geld? Und wofür wird es auch nicht ausgegeben? Lassen Sie mich den Etat schlaglichtartig beleuchten und bewerten.

Schlaglicht 1: Geflüchtete Menschen

Aktuell leben rund 330 Menschen in Lüdinghausen, die vor Krieg, Verfolgung und Perspektivlosigkeit in ihrer Heimat geflohen sind. Diese Menschen haben sich während der Flucht häufig großen Gefahren ausgesetzt und sind ein hohes Risiko eingegangen, um in Europa, um in Deutschland, um hier bei uns ein besseres Leben führen zu können. Diese 330 Menschen, etwa dreimal so viele wie noch vor einem Jahr, sowie die Geflüchteten, die in diesem Jahr noch zusätzlich zu uns kommen werden, stellen uns unvermittelt vor große, neue und zusätzliche Aufgaben.

Diese Menschen benötigen ein Dach über dem Kopf, sie müssen versorgt und betreut werden. Sie müssen die Möglichkeit haben, ihr gesetzlich verbrieftes Recht – das Stellen eines Asylantrages – geltend machen zu können.

Die Verwaltung hat bereits im letzten Jahr - getragen vom gesamten Rat - die Weichen richtig gestellt, um den hilfesuchenden Menschen Unterstützung bieten zu können. Der Lösungsansatz, die Betreuung der Flüchtlinge in Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle Gerechtigkeit und Frieden zu betreuen, hat sich schnell als goldrichtig erwiesen. Der Verein mit seinen hauptamtlichen Integrationsbeauftragten Sekou Toure und Lioba Sivalingam, aber natürlich auch die zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, sind in Sachen Integration ein Rettungsanker, der es uns erlaubt, zuversichtlich in die Zukunft schauen zu dürfen.

Ich bin aber auch noch aus einem anderen Grund zuversichtlich, denn verglichen mit der durch die Balkankriege ausgelöste Flüchtlingssituation der 1990er Jahre, hat sich in unserer Gesellschaft vieles positiv verändert. Die geflüchteten Menschen werden hier in Lüdinghausen nicht mehr als eine Bedrohung, Konkurrenz und Belastung angesehen, sondern als Chance und Bereicherung unserer Stadtgesellschaft. Ein kleiner Beitrag in der jüngsten Ausgabe der CDU-Postille „Stadtgespräch“ macht den gesellschaftlichen Paradigmenwechsel deutlich. Denn der erste Satz eines Beitrages, der die Überschrift „Flüchtlinge in Lüdinghausen und Seppenrade“ trägt lautet (Zitat): „347 Neubürger aus Bürgerkriegsländern sind in den vergangenen Monaten Lüdinghausen und Seppenrade ‚zugewiesen‘ worden“ (Zitat Ende). Ja, ich hatte richtig

gelesen, der Autor schreibt im Zusammenhang mit geflüchteten Menschen von Neubürgern. Klasse, dass die Lüdinghauser CDU unsere Kanzlerin mit ihrer Willkommenskultur unterstützt.

Natürlich kostet uns das alles Geld, aber die 3,5 Millionen Euro, die wir in 2016 voraussichtlich in die Hand nehmen müssen, sind gut investiert!

Für unsere Neubürger aus fremden Ländern benötigen wir mittelfristig zusätzliche, bezahlbare Mietwohnungen. Typischerweise spricht man in diesem Zusammenhang auch von „sozialem Wohnungsbau“, den wir vor Ort wiederbeleben müssen. In der letzten Planungsausschuss-Sitzung am 11. Februar haben wir hierüber konstruktiv gestritten und ich gehe fest davon aus, dass wir in den neuen Wohngebieten Wohnraum bereitstellen können, der auch von Menschen bezahlt werden kann, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Wenn dieser Wohnraum nicht privat errichtet werden kann, sollte die Stadt in die Bresche springen. Das Geld ist gut angelegt, und nicht nur Neubürger freuen sich über preiswerte Wohnungen, sondern auch die viel zu vielen anderen sozial Benachteiligten in unserer Stadt.

Ein Wermutstropfen der in vielen Bereichen gut gelungenen Flüchtlingsaktivitäten sind die geplanten Container am Windmühlenberg, die sich mit dem Ziel der Integration nicht vertragen. Hier wird ein Ghetto geschaffen das Ängste, die bereits vorhanden und geäußert worden sind, schürt. Die dezentrale Unterbringung muss ab sofort das Ziel jeglicher Investitionen in diesem Bereich sein.

Schlaglicht 2: Bücherei

Die Bücherei hat eine wichtige gesellschaftliche Funktion, sie trägt entscheidend dazu bei, die Lesekompetenz und Medienkompetenz der gesamten Bevölkerung zu verstetigen und zu festigen. Das Angebot muss unkompliziert sein, hierzu trägt die gute Erreichbarkeit aufgrund der attraktiven Innenstadtlage genauso bei wie günstige Ausleihgebühren. Unsere Bücherei ist insbesondere aufgrund der professionellen Leitung und aufgrund des engagierten Teams eine Erfolgsgeschichte, die für die nächsten 15 Jahre am bestehenden Standort weitergeführt werden wird. Der diesjährige Zuschuss in Höhe von ca. 160.000 Euro ist gut angelegtes Geld in den Kultur- und Bildungsstandort Lüdinghausen.

Die Stadt wäre allerdings gut beraten darauf zu achten, dass die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zum überwiegenden Teil mit städtischen Geldern finanziert werden, Arbeitsverträge in Anlehnung an den TVÖD erhalten. Kirchliche Sonderverträge, die den Mitarbeitern untersagen, Betriebsräte zu gründen oder ihnen ihre persönliche Lebensführung vorschreiben, darf die Stadt nicht akzeptieren. Wir werden uns weiterhin für Verbesserungen der Rechtsposition der Beschäftigten einsetzen.

Schlaglicht 3: Neues Kommunales Finanzmanagement

Selbst auf die Gefahr hin, Sie zu nerven, ich werde wie schon im letzten Jahr über ganz Grundsätzliches reden müssen. Es geht ums N – K – F, das Neue kommunale Finanzmanagement: Extrem unsexy, aber extrem wichtig.

Wir erinnern uns: Unter den Begriff NKF werden alle Bestrebungen zusammengefasst, die bisher nach dem Prinzip der Kameralistik geführten Finanzhaushalte der Kommunen auf das Prinzip der Doppik (also der Doppelte Buchführung in Konten) umzustellen. Für diejenigen von Ihnen, denen das nicht präsent sollten, der Hinweis: sie können das so oder so ähnlich auch bei Wikipedia nachlesen.

Wann immer wir GRÜNEN zu diesem Thema gesprochen und dabei in Ihre Gesichter geschaut haben, hat sich uns eine ganz neue Deutung der Abkürzung aufgedrängt:

NKF – Niemand kuckt freundlich. (Aber das hilft uns auch nicht weiter!)

Das NKF ist der finanzwirtschaftliche Teil des neuen Steuerungsmodells. Im Kern geht es darum, Verwaltungshandeln nicht Input orientiert, sondern Output orientiert zu steuern. Die Steuerung erfolgt auf der Grundlage von Produktbeschreibungen und zu diesen gehören Ziele, Leistungsdaten und, sie wissen schon: Kennzahlen. Denn die Kennzahlen beschreiben das Ergebnis der Verwaltungstätigkeit, und nur auf das Ergebnis kommt es an!

Für die Mehrzahl unserer Produkte gibt es keine Kennzahlen, das bedeutet, der Rat gibt der Verwaltung keine quantitativen Vorgaben, was mit den eingesetzten Mitteln erreicht werden soll. Ein Verzicht auf die Formulierung von Kennzahlen kommt einem Blankoscheck gleich. Die Verwaltung erhält Ressourcen und sie arbeitet auch ganz eifrig, aber wir unterlassen es, ihr durch konkrete Kennzahlen einen objektiven Maßstab für die Zielerreichung an die Hand zu geben.

Der Arbeitsauftrag für das Haushaltsjahr an Rat und Verwaltung lautet:

NKF – Neue Kennzahlen formulieren!

Ein Haushalt muss ziel- und wirkungsorientiert sein. Diese Botschaft ist weder bei der Verwaltungsspitze noch bei der Mehrzahl von Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, angekommen. Trauriger Beleg für diese Feststellung ist das Schicksal der Arbeitsgruppe Kennzahlen. Diese Gruppe wurde zu einer Sitzung einberufen, um von der Verwaltung mitgeteilt zu bekommen, dass man das alles nicht so einfach machen kann. Das kommt de facto einem Boykott gleich.

Auch unsere Impulse, im Rahmen der Etatberatung die Kennzahlenthematik aufzugreifen, wurden blockiert, sei es, dass es um die erstmalige Benennung von Kennzahlen ging, sei es, dass es darum ging, die Kennzahlen zu modifizieren.

Fazit der diesjährigen Beratung:

NKF – Noch kein Fortschritt!

All denen, die meinen, eine solche Taktik würde uns entmutigen, möchten wir an unseren Kampf um gerechte Müllgebühren in Verbindung mit einer umweltverträglichen Müllentsorgung erinnern. Mehr als 20 Jahre haben wir die Benachteiligung des Innenstadtbezirkes gegenüber dem Außenbereich angeprangert. Und wir haben nicht klein bei gegeben, wenn die Mehrheit in diesem Gremium gemeinsam mit der Verwaltung Jahr für Jahr versuchte, die Einführung einer Biotonne im Außenbereich zu verhindern. Es hat nichts genutzt, die besseren Argumente haben sich – flankiert von der Rechtsprechung – schlussendlich durchgesetzt.

Schlaglicht 4: Hallenbad

Die Wendungen in der Hallenbad-Debatte haben uns schon ein wenig die Stirn runzeln lassen. Da beauftragt die Verwaltung zunächst ein Planungskonsortium damit, Varianten für die Sanierung bzw. den Neubau zu entwickeln und deren Wirtschaftlichkeit zu ermitteln. Es werden drei Varianten „ins Rennen geschickt“ und dezidierte Aufstellungen erarbeitet, die die Betriebskosten bei der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung berücksichtigen. Und es wird uns anhand von Dokumentationen der Begehungen belegt: Das bestehende Hallenbad ist marode. Insbesondere die gesamte Technik – Lüftung und Wasseraufbereitung – ist noch im Originalzustand, also über 40 Jahre alt und damit abgängig.

Das Signal war eindeutig und wurde von niemandem aus Rat und Verwaltung bezweifelt: Es besteht Handlungsbedarf, die Technik kann jederzeit in die Knie gehen. Auch ein Zeithorizont wurde uns benannt: Mit etwas Glück hält die Technik noch drei bis 4 Jahre. Nur ein Jahr später heißt es nun: Nur keine Eile! Das Hallenbad läuft, wir können in aller Ruhe überlegen, wann wir uns intensiver mit dem Thema auseinandersetzen wollen. Und Mittel für den Bau des Bades müssen nach Meinung der Verwaltung natürlich nicht in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt werden.

Jetzt wird deutlich: nicht der Zustand des Hallenbades ist Basis für die Entscheidung, sondern der Zustand der Stadtfinanzen. Und für beide gilt: Es ist der Wurm drin!

Schon im vergangenen Jahr hat unsere Fraktion davor gewarnt, bei den Investitionen den Leistungssport gegenüber dem Breitensport zu bevorzugen. Nur ein Jahr später scheinen sich unsere Befürchtungen zu bestätigen. Für unsere Fraktion ist ein funktionierendes Hallenbad nicht verhandelbar. Der von der UWG initiierte Kostendeckel für die Leistungssporthalle ist daher absolut notwendig, damit der Breitensport nicht auf der Strecke bleibt.

Schlaglicht 5: Regionale 2016

Erinnern wir uns: Ziel der Teilnahme an der Regionale und hier am 6-Millionen Euro-Projekt StadtLandschaft war es, einen Brückenschlag zwischen Burg Vischering und der Innenstadt hinzubekommen. Unsere Arbeitshypothese lautete sinngemäß: Da sind jährlich tausende Besucher an der Burg Vischering und damit vor den Toren der Stadt, ohne jedoch die Lüdinghauser Innenstadt wahrzunehmen, ja die vielleicht später zu berichten wissen: Die Burg Vischering ist eine traumhafte Örtlichkeit, da muss man einfach gewesen sein. Aber Lüdinghausen: Hab' ich schon mal von gehört, aber ich glaube, ich war noch nie da.

Diesen Besuchern soll nun endlich der Weg in die Stadt gewiesen werden: Dank neuer Wege, zusätzlicher Beleuchtung und aufwändiger Beschilderung. Der Brückenschlag zwischen Burg und Stadt darf dabei sogar wörtlich genommen werden. Für mehrere hunderttausend Euro werden auf Höhe des neuen Hotels „Steverbett“ zwei Brücken über Peperlake und Stever errichtet. Doch nach Passieren der Hotelgebäude und Erreichen der Borg folgt dann das große Staunen: Der Besucher bleibt unvermittelt an der Bordsteinkante eines schmalen Bürgersteigs stehen, auf der Fahrbahn rauschen in einem nicht abreißendem Strom Auto um Auto vorbei und der potenzielle Gast fragt sich: Nach rechts, nach links oder doch lieber auf dem Absatz umdrehen? Schilda lässt grüßen!

Nach unserer Vorstellung sollte der Gast künftig über die Münsterstraße in die gute Stube geführt werden. Stephan Bracht vom Büro SAL Landschaftsarchitektur hat hierzu bereits erste Ideen entwickelt, diese müssen nun aufgegriffen, weiterentwickelt und konsequent umgesetzt werden. Entsprechende Mittel hätten im Haushalt vorgesehen werden müssen.

Bei der Gestaltung des Marktplatzes und der Innenstadt – für diesen Teilbaustein des Regionale-Projektes werden rund 3 Millionen Euro veranschlagt - hat die CDU-geführte Ratsmehrheit ebenfalls kein glückliches Händchen gehabt: Es ist doch nur eine Frage der Zeit, wann die ersten Marktbesucher an der neu entstehenden Stufe stürzen werden. Und es ist absehbar, dass aus Gründen der Sicherheit schon bald Absperrbügel die Treppenstufe sichern werden. Über den gestalterischen Mehrwert werden wir uns spätestens dann erneut zu unterhalten haben.

Im Übrigen sehen wir unsere Befürchtungen bestätigt, die wir bereits im vergangenen Jahr an dieser Stelle geäußert haben: Aus der einmaligen, die beiden Burgen umgebenden Kulturlandschaft, wird ein möblierter und animierter Burgenpark. Es entsteht ein gestylter Raum mit einem Aussichtsturm, dessen Sinnhaftigkeit ich hier infrage stelle. Krönung der geschmacklichen Verirrung: eine Laser-Battle-Show!

Wissen Sie, wann ich das letzte Mal ob der Vorschläge eines externen Gestaltungsexperten die Augen derart verdreht habe? - Als uns ein gewisser Wolfram Wäscher das Hallenbad in gestalterischer Anlehnung an die Burgen unserer Stadt mit Wachtürmen verzieren wollte!

Die hohen Erwartungen an das Regionale-Projekt werden nicht erfüllt: Die Kulturlandschaft wird durch zweckfreie Wege unnötig zerschnitten, erhaltenswerte Baumbestände gerodet und der Weg in die Innenstadt ist eben nicht selbsterklärend. Und diejenigen, die dann schließlich doch in die Stadt gefunden haben müssen aufpassen, dort nicht bei der Stufe am Marktplatz ins Stolpern zu geraten. Unser Regionale-Fazit: Chance vertan!

Am Ende bleibt der Verdacht, dass sich hier „jemand“ ein Denkmal setzen möchte, koste es, was es wolle.

Schlaglicht 6: Innenstadtentwicklung

Erlauben Sie mir noch ein paar generelle Einlassungen zur Innenstadtentwicklung, oder müsste es nicht heißen: zur Innenstadtverödung. Solange wir vor den Toren der Innenstadt weiter Einzelhandelsflächen ausweisen oder deren Bau ermöglichen, müssen wir uns nicht wundern, wenn sich die Zahl der Leerstände in der Innenstadt weiter erhöht. Wenn wir diese Politik, die mit der Entwicklung des Darley-Parks begonnen und Ausweisung des Edekas, Bruno-Kleines und des Aldis an der Konrad-Adenauer-Straße fortgesetzt wurde, nicht stoppen, brauchen wir uns keine Hoffnungen machen, mit einer neuen Marktplatz-Optik die Innenstadt wiederbeleben zu können. Weitere Einzelhandelsflächen östlich der Innenstadt, etwa ein Rewe vis-à-vis Edeka, sind der letzte Sargnagel für unsere Altstadt.

Schlaglicht 7: Klimaschutz

Im vergangenen Dezember hat in Paris die 21. UN-Klimakonferenz getagt. Unter anderem beschloss die Versammlung ein Klimaabkommen, das die Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter 2 °C, möglichst 1,5 °C, vorsieht. Dieses Abkommen, das neben Deutschland von 194 Staaten ratifiziert wurde ist völkerrechtlich bindend!

Um dieses Ziel überhaupt noch erreichen zu können, muss die Welt die Netto-Treibhausgas-Emissionen zwischen 2045 und 2060 auf null zurückfahren und damit einen sehr ambitionierten Klimaschutz betreiben. Zudem schließt sich das Fenster zum Erreichen dieses Zieles schnell.

Ich konstatiere: Klimaschutz ist das zentrale gesellschaftliche Anliegen schlechthin.

Und: Klimaschutz findet in den Kommunen vor Ort statt, wenn er denn stattfindet. Und da gehört er auch hin. Klimaschutz lässt sich nicht in Nachbarkommunen oder auf höhere administrative Ebenen delegieren. Aufgabe übergeordneter Ebenen – also Bund, Land oder Kreis – ist es, gute Arbeits- und Rahmenbedingungen schaffen. Die Aktivitäten selbst sind immer Basisarbeit.

Äußerungen aus dieser Runde, die darauf verweisen, der Kreis Coesfeld hätte doch einen Klimamanager und der würde jetzt alles für uns regeln können, zeugen von

Unkenntnis oder Desinteresse. Mit der gleichen Logik kann ich sagen: Was benötigen wir in Lüdinghausen ein Kino, das gibt es doch in Dülmen, da können die Lüdinghauser doch hingehen.

Wir müssen in Lüdinghausen Klimaschutz zur Chefsache erklären und benötigen mindestens eine Person, die dieses überlebenswichtige Thema vorantreibt. Dies funktioniert nur mit einem Klimamanager, der auf der Basis eines zuvor erarbeiteten Klimaschutzkonzeptes mit verbindlichen Zielen seine Arbeit in 2017 beginnt. Der Bund hat die finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen. Er fördert das Klimaschutzkonzept für die ersten 3 Jahre mit immerhin 65 Prozent.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem vorliegenden 50-Millionen-Haushalt werden viele sinnvolle Dinge finanziert, wir müssen nur an den Bildungs- und Kulturetat denken. Und auch im Bereich Soziales wird Geld eingesetzt, um Menschen, die aus eigener Kraft nicht ihren Alltag bewältigen können zu unterstützen. Aber es wird auch viel Geld, zu viel Geld für fragwürdige Aktivitäten ausgegeben, von denen wir meinen, dass sie überflüssig oder kontraproduktiv sind. Ob Leistungssporthalle, Radweg entlang der Stever Richtung Selm, zweiter Marktbrunnen oder viele weitere Elemente der Regionale.

Dies wäre solange kein Problem, wie überlebenswichtige Aufgaben dabei nicht auf der Strecke bleiben würden.

1. Klimaschutz ist eine Überlebensfrage der Menschheit, Sie – und damit meine ich insbesondere die CDU-Fraktion - haben sich auf Anraten der Verwaltung entschieden, hier untätig bleiben zu wollen.
2. Innenstadtentwicklung ist eine Überlebensfrage für unsere Stadtgesellschaft, Sie betreiben gemeinsam mit der Verwaltung eine Politik, die unweigerlich zu ihrer Verödung führt.
3. Damit das alles möglichst geräuschlos über die Bühne geht, nehmen Sie klaglos hin, dass die Verwaltung dem Rat Kontrollmöglichkeiten vorenthält.

Drei gute Gründe den Haushalt abzulehnen. Was wir dann auch tun.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!